



10.02.2020

Resolution

des XI. Referent*innen-Kongress Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Unmittelbar nachdem die Nationalsozialisten 1933 an der Macht waren, erklärte die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB) Anfang Februar 1933 ihre politische Neutralität gegenüber dem NS-Regime.

Ab dem 2. Mai wurden Gewerkschaften verboten und Deutschland überzog die Welt mit einem Krieg mit über 50 Millionen Toten. In den Vernichtungslagern des NS-Regimes wurde systematisch und mit industriellen Methoden der massenhafte Mord an Juden, Sinti und Roma, psychisch Kranken, Menschen mit Behinderungen und Homosexuellen durchgeführt. Politische Gegner, zu denen auch Gewerkschafter*innen zählten, die mit ihren Werten der faschistischen Ideologie entgegenstanden, wurden gleichfalls verfolgt und ermordet. Damit unsere eigene Geschichte nicht außer Acht gelassen wird, hat die IG Metall die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in ihrer eigenen Satzung im zweiten Paragraph niedergeschrieben. Diese Satzung stützt unser Handeln als politische Organisation, um uns u.a. für eine antifaschistische Bildungsarbeit einzusetzen.

Satzung, § 2:

„Die IG Metall (...) fördert aktiv die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Betrieb und Gewerkschaft, unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität. Die IG Metall wahrt und verteidigt die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie die demokratischen Grundrechte. Die Verteidigung dieser Rechte und der Unabhängigkeit sowie Existenz der Gewerkschaften erfolgt notfalls durch Aufforderung des Vorstandes an die Mitglieder, zu diesem Zweck die Arbeit niederzulegen (Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 4 GG).“

Aufgrund unserer antifaschistischen Tradition und unseres gesellschaftspolitischen Auftrags, stellen wir uns gegen eine Zusammenarbeit mit Faschist*innen und auch gegen Institutionen und Personen, die mit ihnen zusammenarbeiten. Wir stellen mit Erschrecken fest, dass Antifaschist*innen zunehmend häufiger als linksradikal bezeichnet und in diesem Rahmen diskreditiert werden sollen, obwohl sie lediglich unsere freiheitlichen Werte verteidigen. Wir werden nicht nachlassen, unsere demokratischen Grundrechte zu wahren und zu verteidigen und zeigen uns solidarisch mit allen Menschen und Institutionen, die dies ebenfalls tun.